

Der Vollzugsdienst

3/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD Bundeshauptvorstands- sitzung und Tarifvertreter- treffen in Wuppertal

Sönke Patzer ist neues
Mitglied in der Bundesleitung

Seite 2

Belastungen und Anspannungen werden sehr ernst genommen!

Extrem ausgeprägte Überbelegung
in den Justizvollzugsanstalten

Seite 5

Kapazitätsengpässe und Probleme bei der Personal- gewinnung im NRW-Strafvollzug

Minister Peter Biesenbach stellte
sich den Fragen der Delegierten

Seite 45

Foto: © IckeT/AdobeStock

Sind die Dienstpostenbewertungen im deutschen Strafvollzug noch angemessen und zeitgemäß?

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen-Anhalt

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Sind die Dienstpostenbewertungen im deutschen Strafvollzug noch angemessen und zeitgemäß?
- 2 BSBD Bundeshauptvorstand tagte in Wuppertal
- 3 Treffen Arbeitskreis Tarif: „Wir wollen gesehen und anerkannt werden!“
- 4 Altersdiskriminierung ist eigentlich verboten
- 4 Datenschutz: Mehr Rechte für Kunden

LANDESVORBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 24 Berlin
- 28 Brandenburg
- 29 Bremen
- 30 Hamburg
- 32 Hessen
- 39 Mecklenburg-Vorpommern
- 43 Niedersachsen
- 45 Nordrhein-Westfalen
- 59 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 71 Thüringen
- 64 Impressum

FACHTEIL

- 73 Beförderungsverfahren – Akteneinsicht in den Auswahlvorgang



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundeschauptvorstand	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 4-5/2018:



16. Oktober 2018



Extrem ausgeprägte Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten

Belastungen und Anspannungen werden sehr ernst genommen !

Landesvorsitzender Alexander Schmid hat in einer Rund-Mail vom 29.04.2018 in einer starken und realistischen Analyse den aktuellen Zustand des Justizvollzugs in Baden-Württemberg beschrieben und dementsprechend notwendige Forderungen gestellt.

*Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitglieder des BSBD
Baden-Württemberg,*

wieder einmal ist es uns vom BSBD gelungen, die Themen des Justizvollzuges in den Vordergrund der Berichterstattung der Presse zu rücken. Seite 1 in den *STUTTGARTER NACHRICHTEN* vom 26. April 2018 und der Leitartikel auf Seite 2 im *STAATSANZEIGER* vom 28. April zeigen, dass unsere Aussagen und damit die Schilderung der Sorgen und Nöte aller Vollzugsbediensteten, die alltäglich „den Kopf für die Sicherheit im Lande hinhalten“, ernst genommen werden.

Es ist für uns ganz klar, dass das derzeit größte Problem des Justizvollzuges die anhaltende und extrem ausgeprägte Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten ist.

Dies belastet die Bediensteten aller Fachrichtungen über alle Maße: Vollzugsdienst, Werkdienst, Ärzte, Psychologen, Lehrer, Sozialarbeiter und die Bediensteten aller Ebenen der Verwaltungsdienste – auch der Behördenleistungen – „brennen immer mehr aus“.

Nach Auffassung des BSBD fehlen in Baden-Württemberg derzeit ca. 800 Haftplätze.

Unsere Auffassung ist, dass eine Vollzugsanstalt eben nicht erst bei einer Belegung von 100 Prozent, sondern schon bei einer Belegung von 90 Prozent voll belegt ist. Wir als Praktiker wissen, dass immer ein Puffer vorhanden sein muss, um zu deeskalieren und um „passende Zellengemeinschaften“ zu bilden. Wir müssen, wenn wir erkennen, dass es in einer Zelle „nicht funktioniert“, eben auch noch handlungsfähig sein und „nicht erst auf den Knall warten“ müssen. Am Rande sei erwähnt, dass unser Justizvollzugsgesetzbuch BW ja eigentlich die verfassungsrechtlich geforderte Einzelbelegung als Regelfall vorsieht. Eine Tatsache, die heute komplett in den Hintergrund getreten ist.

Das „Musterländle“ so gar nicht mustergültig. Dies haben auch externe Kontrollorgane wie die „Nationale Stelle“* mehr als deutlich gerügt.

Einige der Gründe für diese anhaltend hohe Auslastung der Vollzugsanstalten sind neben einer deutlichen

„Häftlingsschwemme“ in den Jahren 2015/16, die sich auch mit einem Anstieg des Ausländeranteils in den Anstalten auf mittlerweile fast 50 Prozent ausdrückt, eine beachtlich gestiegene durchschnittliche Verweildauer in den Haftanstalten (41 Monate im Jahr 2011 – bereits 50 Monate im Jahr 2016) sowie ein gewichtiger Anstieg auch bei den sogenannten Ersatzfreiheitsstrafen in den letzten Jahren (ein Plus von ca. 30 Prozent).

Aber es ist nicht nur die schiere „Flut an Gefangenen“, die uns belastet, sondern parallel dazu auch die „neue negative Qualität“ der Gefangenen.

Gewaltbereitschaft, Aggressionspotential im Kleinen wie im Großen, Sprachbarrieren, kulturelle und religiöse Differenzen machen unseren Alltag immer schwerer. Der gleiche Vorgang, der vor Jahren noch in fünf Minuten einigermaßen zufriedenstellend abgehandelt werden konnte, benötigt heute oft zwanzig Minuten und endet leider häufig in einer ungewollten Eskalation.

Wenn sich von 2015 auf 2016 die Anteile der erstmaligen psychischen Störungen um 27 Prozent und die der alkoholbedingten Psychosen um 61 Prozent erhöht haben und in fast 450 Fällen externe Krankenhausaufenthalte von Gefangenen notwendig wurden, die dann im Durchschnitt fast dreieinhalb Tage andauerten – man denke nur an den notwendigen Personalaufwand für solche Bewachungen rund um die Uhr –, dann weiß man, welche Belastung dies für den ohnehin schon gebeutelten Justizvollzug erzeugt.

All dies bedeutet unseres Erachtens, dass wir so schnell wie möglich folgende Dinge angehen und umsetzen müssen:

- **Neubau der Justizvollzugsanstalt Rottweil,**
- **Neubau eines Justizvollzugskrankenhauses mit deutlich höheren Kapazitäten,**
- **Prüfung der Möglichkeit von Erweiterungen in bestehenden Vollzugsanstalten oder Planung eines weiteren Neubaus einer Vollzugsanstalt,**
- **Bauliche Neukonzeption im Bereich der Bildungseinrichtungen des Justizvollzuges, um den heutigen An-**



BSBD Landesvorsitzender Alexander Schmid.

Foto: Anna Huber/BSBD LV DGT

sprüchen in Bezug auf Qualität und Quantität der Aus- und Fortbildung gerecht zu werden,

- **zügige Neueinstellungen von ca. 350 weiteren Vollzugsbediensteten aller Laufbahnen,**
- **Steigerung der Attraktivität des Justizvollzuges – auch und gerade in finanzieller Hinsicht – durch Anhebung der Stellenobergrenzen, neue Bewertung von Spitzenfunktionen, Anpassung der Anwärterbezüge, Erhöhung und Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage u.a.m.**

Liebe Mitglieder des BSBD, wir werden unser Möglichstes tun, damit diese unsere Anliegen endlich umgesetzt werden.

Denn: wer von „Sicherheit im Land Baden-Württemberg“ spricht, der muss auch handeln, und diejenigen, die Sicherheit gewährleisten müssen, entsprechend ihrer Aufgabenstellungen ausstatten.

*Ihr
Alexander Schmid*

* Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter ist der deutsche Nationale Präventionsmechanismus nach Artikel 3 des Zusatzprotokolls zur UN-Antifolterkonvention (OPCAT). Entsprechend dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik besteht sie aus einer mit ehrenamtlichen Mitgliedern besetzten Bundesstelle und einer Länderkommission. Unterstützt wird sie von einer hauptamtlichen Geschäftsstelle, die der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden angegliedert ist.

(Quelle: Wikipedia)

Wir haben auf den folgenden Seiten die sehr umfangreiche und meist an exponierter Stelle stehende Presse-Berichterstattung zum Justizvollzug in Baden-Württemberg, die der Landesvorsitzende eingangs erwähnt hat, in Auszügen wiedergegeben und so dokumentiert. wok

Besonders deutlich war der **Kommentar von JENS SIKELER** in der **MITTELBADISCHEN PRESSE** vom 05.05.2018, in dem allerdings die vielen intensiven Bemühungen von Justizminister **Guido Wolf** nicht zur Sprache kommen.

Auszüge aus:

Stuttgarter Nachrichten, Stuttgarter Zeitung, Südwest Presse, Schwarzwälder Bote, Badisches Tagblatt, Schwäbische Zeitung, Ludwigsburger Kreiszeitung, Heilbronner Stimme, Eßlinger Zeitung (alle vom 26.04.2018) und auch aus der überregionalen Presse wie SPIEGEL Online, FOCUS Online

Kommentar

Im Stich gelassen

Von **JENS SIKELER**



Das Gespräch von **Hans-Peter Wurdak**, dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Offenburg, und **Joachim Stein**, dem Vollzugsdienstleiter, mit der „MITTELBADISCHEN PRESSE“ ist ein Hilferuf.

Das Land lässt die 420 Mitarbeiter der JVA im Stich.

Bis zu 600 statt der 500 Häftlinge, für die das Gefängnis ursprünglich gebaut wurde, sollen in Offenburg untergebracht werden.

Um lächerliche zwei Stellen will das Land das Personal aufstocken. Das wird kaum für Entlastung sorgen. Dabei gehen die Mitarbeiter schon jetzt auf dem Zahnfleisch.

Man kann sich natürlich auf den Standpunkt zurückziehen, die Verantwortlichen konnten nicht wissen, dass das Bundesverfassungsgericht sich für einen menschenwürdigen Stuhlgang auch für Häftlinge aussprechen würde, und auch nicht, dass viele Flüchtlinge ins Land kommen würden, von denen einige kriminell sind.

Das greift zu kurz.

Für beide Entscheidungen können die Mitarbeiter der JVA nichts, müssen es aber ausbaden.

Das Land steht in der Pflicht, so schnell wie möglich für genügend Personal zu sorgen.

Haftanstalten überlastet: Minister fordert mehr Personal

Guido Wolf spricht von „angespannter Situation“ und hofft auf baldigen Baubeginn für Gefängnis in Rottweil

Stuttgart (dpa/lsw/StN) – In Deutschlands Gefängnissen wird nach einem Medienbericht der Platz knapp – ganz besonders im Südwesten. Eine Umfrage der Zeitungen der Funke Mediengruppe bei den Justizministerien der 16 Bundesländer ergab eine Auslastung von bis zu 100 Prozent in Baden-Württemberg. In Bayern, Rheinland-Pfalz, Berlin, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz lag die Auslastung demnach im vergangenen Jahr im Durchschnitt bei deutlich über 90 Prozent. Fachleute sprechen dem Bericht zufolge schon bei einer Auslastung von 85 bis 90 Prozent von Vollbelegung.

Es bestehe Handlungsbedarf, bestätigte Baden-Württembergs Justizminister **Guido Wolf** (Foto: dpa/BZ) gestern



in Stuttgart. „Seit meinem Amtsantritt habe ich immer wieder auf die angespannte Belegungssituation in unseren Gefängnissen hingewiesen. Unsere Beamten im Vollzug sind derzeit maximal gefordert.“

„Die Gefängnisse in Baden-Württemberg platzen aus allen Nähten. Wie das Justizministerium mitteilte, waren Ende März dieses Jahres landesweit 7587 Menschen inhaftiert. Das Problem daran: Es gibt hierzulande inzwischen mehr Gefangene, als Haftplätze vorhanden sind. Besonders heikel ist die Situation im geschlossenen Vollzug, wo die schweren Straftäter sitzen. Ausgerechnet hier reichen die Haftplätze nicht aus. Die Justizvollzugsanstalten sind überbelegt. Eigentlich stehen landesweit nur 7301 Haftplätze zur Verfügung. Um die Häftlinge unterbringen zu können, müssen Einzelzellen immer häufiger mit zwei Personen und Doppelzellen mit drei oder vier Personen belegt werden. Mancherorts werden sogar Freizeiträume umfunktioniert.“

„Alles ist unheimlich drangvoll“, sagte der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, **Alexander Schmid**, unserer Zeitung. „Die Zustände in den Gefängnissen gleichen inzwischen einem Schreckensszenario. Die Überbelegung ist eine hohe Belastung für die Inhaftierten sowie die JVA-Beschäftigten und führt immer wieder zu Konflikten.“

Laut **Schmid** fehlen im Südwesten „bis zu 800 neue Haftplätze“, weil bei

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 80 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
 Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Vermittelt: Karin Jäckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130/97572-30 · Fax 05130/97572-59 · E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de



JVA Stuttgart – Hochhaus bleibt weiter teilweise in Betrieb.

Foto: Thilo Parg/CC

den Belegungszahlen kein Rückgang in Sicht sei und bestehende Haftplätze immer wieder durch Bau- und Sanierungsarbeiten vorübergehend nicht nutzbar seien. Auch mehr Personal sei nötig, sagte **Schmid**.

Grün-Schwarz hat auf Drängen von Justizminister **Guido Wolf (CDU)** in dieser Legislatur zwar schon 218 neue Stellen für den Justizvollzug geschaffen. Doch **Wolf** sieht weiteren Handlungsbedarf. Zusätzliche Stellen seien notwendig, sagte er jetzt.

Die Hauptursache für die angespannte Belegungssituation hinter Gittern im Land ist nach Angaben des Justizministeriums ein sprunghafter Anstieg der Gefangenzahlen seit August 2015. Parallel dazu kletterte der Ausländeranteil von 39 auf 46 Prozent im vergangenen Jahr.

Es gebe aber auch zusätzliche Haftplätze, unter anderem habe das Land ein neues Gebäude in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim in Betrieb genommen. Außerdem blieben bestehende Gebäude länger als geplant in Betrieb (s.o.). Hinzu komme das geplante Großgefängnis in Rottweil. Dort

solle schnellstmöglich mit dem Bau begonnen werden, sagte **Wolf**.

René Müller, der Vorsitzende des **Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands**, sagte den Zeitungen, der Justizvollzug in Deutschland sei zurzeit komplett überlastet. Hierfür sieht er mehrere Gründe. Es gebe zu wenig Gefängnisse, bei den bestehenden gebe es außerdem Sanierungsbedarf, sagte er. Den Investitionsbedarf schätzt **Müller** bundesweit auf einen ein- bis zweistelligen Milliardenbereich. Auch der starke Zuzug von Flüchtlingen mache sich in den Gefängnissen bemerkbar. Mit den Geflüchteten sei naturgemäß auch ein gewisser Anteil an Kriminellen nach Deutschland gekommen.

Er machte zudem einen Personal-mangel in den Gefängnissen aus. Politiker müssten die Arbeit im Strafvollzug attraktiver machen, damit sich neu geschaffene Stellen besetzen ließen. Die Unterbesetzung belaste seine Kollegen. »Wenn ein Insasse mich angreift, sind meine Kollegen meine Lebensversicherung«, sagte der Gewerkschafter. Wenn es zu wenig Kollegen gebe, führe das zu Dauerstress mit all seinen Folgen.

Auch **Volker Kauder**, Unions-Fraktionschef (**CDU**), forderte, die Zustände in den deutschen Gefängnissen zu verbessern. „Der Strafvollzug darf nicht weiter vernachlässigt werden.“

StZ – Leonberger Kreiszeitung vom 24.04.2018,

Autorin: Kathrin Klette

Auch anlässlich der offiziellen Amtseinführung von LRD Dr. Jansen als neuer Leiter der JVA Heimsheim ist auf die drängenden aktuellen Probleme des Justizvollzugs in Baden-Württemberg eingegangen worden.

Dass der Justizvollzug gerade mit vielen Problemen zu kämpfen hat, das wissen Ministerialdirektor **Elmar Steinbacher** und der leitende Regierungsdirektor **Hans-Peter Wurdak** nur zu gut: Ein massiver Belegungsanstieg bringe die Gefängnisse und das Personal an ihre Grenzen. Hinzu komme die steigende Zahl an Gefangenen mit Migrationshintergrund, mit denen eine Kommunikation kaum möglich sei, was nicht nur die Resozialisierung immens erschwere.

Mehr Personal und bessere bauliche Bedingungen wären das A und O. Immerhin gibt es für manche Punkte erste Lösungsansätze. Beispielsweise das Video-Dolmetschen, bei dem ein Übersetzer per Live-Übertragung hinzugezogen wird. Gerade bei seltenen Sprachen sei das eine gute Lösung, sagt **Wurdak**. Auch in Heimsheim kommt die Technik bereits zum Einsatz. Die Telemedizin, also psychiatrische und medizinische Betreuung per Live-Übertragung, ist ebenfalls ein solches Pilotprojekt. Doch um all die bestehenden Probleme zu lösen, brauche es schon eine Art „Zaubertrank“, so **Wurdak**. Ohne adäquate Lösungen werde die „Kleinstadt“ JVA bald in ein schlimmes Unwetter geraten, warnt er. *(Hervorhebungen von der Red.)*

Weitere „Großbaustelle“ im baden-württembergischen Justizvollzug: Neubau der Justizvollzugsanstalt Rottweil

In der unendlichen Geschichte um Planung und Bau der neuen JVA Rottweil platzte Ende Februar 2018 eine neue Nachricht in die beschauliche Landschaft um das Baugebiet beim Esch. Die Kosten sollten angeblich auf 200 Mio. Euro hochgeschwollen sein. (Wir berichteten im VOLLZUGSDIENST 2/2018 auf S. 14.)

Zur Erinnerung:

➤ Zu Beginn der konkreten Vorstellungen für einen Gefängnisneubau im südwürttembergischen Raum bereits vor dem Haftplatzentwicklungsprogramm von 2007 ging man – in Anlehnung in

die neue JVA Schwäbisch Hall – noch von etwa 73 Mio. Euro für Rottweil aus.

➤ Nach vielen Beratungen und Sonderwünschen aus der Beteiligungsgruppe wurde dann der Kostenrahmen vor Beginn des Architektenwettbewerbs im Frühjahr 2017 auf 118 Mio. Euro aufgestockt und festgelegt.

➤ Nun sollten nach einer ersten Auskunft aus Regierungskreisen Ende Februar 2018 die Kosten auf 200 Mio. Euro „explodiert“ sein.

➤ Nach einem vorläufigen Dementi hat nunmehr das Finanzministerium die

Kosten mit neuen Zahlen konkretisiert: es geht weiterhin von Kosten von insgesamt 182 Millionen Euro für den Neubau aus. (Antwort auf eine Anfrage des Rottweiler FDP-Landtagsabgeordneten Gerhard Aden, FDP).

Folgendes Statement wurde von Finanz-Staatssekretärin **Gisela Splett** abgegeben: „Aufgrund der hohen Dringlichkeit der Schaffung neuer und zusätzlicher Haftplätze wurde der Planungswettbewerb gestartet. In diesem Ansatz von 118 Mio. sind die im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens

entwickelten Vorgaben sowie die zu diesem Zeitpunkt aktuellen Anforderungen der Justiz berücksichtigt. Parallel zur Durchführung des Planungswettbewerbs wurden auf Grundlage der durch das Ministerium der Justiz und für Europa genehmigten Nutzungsanforderung für den Neubau der JVA Rottweil Ende 2017 nach den Richtlinien für die Baukostenplanung (RBK) der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung die Gesamtbaukosten ermittelt. Diese liegen bei rund 120 Millionen Euro zuzüglich Zuschläge von rund 44 Millionen Euro und standortbezogener Kosten von rund 18 Millionen Euro. Die aktuelle Kostenschätzung endet somit bei rund 182 Millionen Euro.

Die Zuschläge umfassen im Wesentlichen Baukonstruktionen und technische Anlagen für die JVA, die durch die RBK nicht abgedeckt werden, Anforderungen für die Außenmauer, Sicherheitszäune und weitere Sicherheitsvorrichtungen sowie die vorgesehene Ausführung des Neubaus in Passivhausqualität und die Baustellensicherung. Die standortbezogenen Kosten umfassen die öffentliche Erschließung, Sondergründungen einschließlich der hierfür notwendigen Erdarbeiten sowie Maßnahmen für den Naturschutz.“

Das Positive an dieser Nachricht: die Landesregierung wird am Standort Rottweil festhalten, trotz des höheren Preises, den nun ein neues Gefängnis kostet.

Und der Abgeordnete Aden sagt dazu: „Die damalige ‚Jahrhundertentscheidung‘ stärkt den Justizstandort Rottweil auf lange Sicht.“

Diese Entwicklung hat natürlich einen ganzen Haufen an Reaktionen und Verlautbarungen aus der Landes- und Kommunalpolitik hervorgebracht.

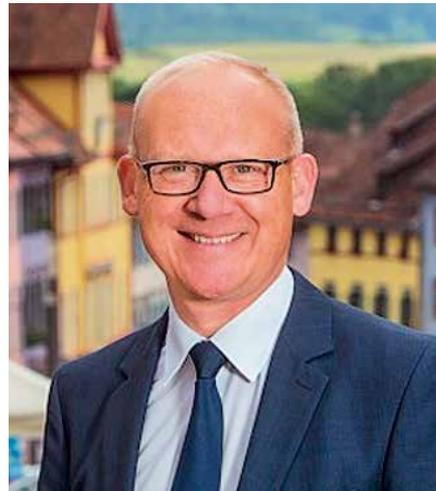
Obgleich wohl sicherlich in einigen Finanz- und Hochbauamtsstuben die Rotstifte gespitzt werden, um eventuelle Sparansätze generieren zu können, bleibt Justizminister Guido Wolf aufgrund der prekären Belegungssituation bei seiner hoffnungsvollen Aussage, dass er mit einem schnellstmöglichen Baubeginn für die neue JVA Rottweil rechnet. Der BSBD will ebenso kräftig diese Hoffnungen unterstützen, obwohl er aus der langen Bauhistorie für Gefängnisse viele leidvolle Erfahrungen angesammelt hat.

Zudem wird diese Hoffnung in der gegenwärtigen Vollzugslage leider nicht helfen können, denn auf die neuen Haftplätze in Rottweil werden wir noch einige Jahre warten müssen. Erst einmal soll im Juni 2018 eine Jury über die 20 ausgewählten Entwürfe des Architektenwettbewerbs entscheiden – und selbst wenn dann alsbald – vielleicht Anfang 2019

– mit der Geländeerschließung und dem Bau der Anstalt begonnen werden sollte, kann wohl frühestens in 2023 oder später mit der Fertigstellung und der Inbetriebnahme gerechnet werden. Wenn sich die Belegungszahlen nicht deutlich nach unten bewegen – was nicht zu erwarten ist – werden die Gefangenen weiter in drangvoller Enge leben müssen.

Der SCHWARZWÄLDER BOTE, der mit seinem Redakteur Achim Schulz die Baugeschichte für die JVA Rottweil stets sehr aufmerksam begleitet und positiv unterstützt hat, hat im Zusammenhang mit der Kostenfrage eine Vielzahl von Äußerungen aus Stadt und Land zusammengetragen, von denen wir einige wiedergeben möchten:

Oberbürgermeister Ralf Broß (Foto: HP Stadt Rottweil): „Die spezifischen Kostenfaktoren, die auf den Standort



Esch zurückzuführen sind, waren bereits zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Juli 2017 bekannt. Zum einen ist der Standort durch einen Bürgerentscheid und große Mehrheit im Gemeinderat legitimiert. Zum anderen ist es angesichts aktueller Überbelegungen und aufgrund von verfassungsrechtlichen Vorgaben dringend notwendig, zeitgemäße Haftplätze zu errichten....Es gibt keine Notwendigkeit, über einen neuen Suchlauf nachzudenken. Wir haben einen Standort. Ein neuer Suchlauf würde viel Zeit und Geld kosten und der Ausgang wäre ungewiss.“

Günter Posselt, Vorsitzender der CDU-Fraktion: „Ganz klar stehe ich zu diesem Standort. Man ist im Entscheidungs- und Realisierungsprozess für die JVA sehr weit fortgeschritten. Wir wollen auch nicht von vorne anfangen, sondern den eingeschlagenen – durchaus manchmal auch mühsamen – Weg zu Ende gehen. Allein die Tatsache, dass wir den künftigen Standort für die JVA mit einem klaren Votum in einem Bürgerentscheid politisch so weit vor-

angebracht haben, stellt einen Wert für sich dar.“ Denn: „Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist sehr wichtig.“

Martin Hielscher, Sprecher der Freien Wähler: „Wir glauben, dass der Großteil der Kostensteigerungen nicht mit dem Standort Esch verbunden ist, sondern vielmehr der sehr langen Planungsphase geschuldet ist... Und die Topografie war bekannt, der Untergrund durch Schürfungen ausgiebig untersucht und die fehlende Erschließung ist auch nichts Neues.... Der Standort Esch ist für uns der durch Bürgerentscheid legitimierte Standort, an dem wir weiterhin festhalten. Ein erneuter Suchlauf ist alleine schon aus Gründen der Menschlichkeit in keinsten Weise zu verantworten, würde er doch den Baubeginn wiederum um viele Jahre verzögern. Das Gefängnis Rottweil ist aktuell mit 39 Häftlingen, bei einer eigentlich geplanten Häftlingszahl von 20, fast zu 100 Prozent überbelegt. Ein menschenwürdiger Strafvollzug ... kann so nicht gelingen.“

Arved Sassnick, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat: „Kostensteigerungen sind immer ein Aufreger; sie lassen die aufschrecken, die gegen das Projekt schon immer waren und sich jetzt bestätigt fühlen. Natürlich hat der Recht, der darauf hinweist, dass man mit den jetzt prognostizierten Kosten auch am Stallberg hätte bauen können. Wohl wären die Kosten im Bitzwäldle mutmaßlich niedriger ausgefallen: Aber das ist alles Schnee von gestern. Klar war von vorn herein nur, dass eine Haftanstalt am Esch unter den Bedingungen eines Architektenwettbewerbs zum Zweck der Ästhetik nicht zu billigen Preisen zu haben sein würde. Plant man dann in einer Phase der Bauhochkonjunktur, dann ist der Preis aller Erfahrung nach noch höher. Der Standort ist auf Rottweiler Gemarkung nach langem Suchen gefunden worden, weil in Stuttgart Herr Knödler von der Abteilung Vermögen und Bau am Stallberg nicht auf Gips bauen wollte und der grüne Ministerpräsident sein gegebenes Wort bezüglich des Bitzwäldchens nicht brechen mochte, sodass ein erneuter Suchlauf angeordnet wurde. Jetzt nochmals für einen dritten Suchlauf einzutreten, hieße die getroffenen Vereinbarungen brechen, die Fahne der Unzuverlässigkeit schwenken und bisherige Planungskosten in den Kamin schreiben zu wollen.“

Hubert Nowack, der Sprecher der Grünen-Fraktion im Gemeinderat: „Wie zu diesem Zeitpunkt, wo noch nicht einmal der Architekturwettbewerb abgeschlossen ist und konkrete

Planungen noch nicht vorliegen, schon von einer Kostensteigerung um 80 Millionen gesprochen werden kann, liegt wohl eher auch an der gestiegenen Zahl von 400 auf 500 Haftplätze, sowie an den Preissteigerungen im Laufe von acht Jahren... An den Bürgerentscheid mit 58 Prozent Zustimmung, da müssen wir uns dran halten. Wo bleibt denn sonst die Verlässlichkeit? Der Standort Esch ist nun mal festgelegt, auch wenn es mir persönlich nicht gefällt... Einen neuen Suchlauf kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Allein die Zeitverzögerung für die dringend benötigten Haftplätze spricht dagegen.“

FFR-Stadträtin Heide Friederichs findet deutliche Worte: „Das Kostensaster zum Neubau der JVA geht weiter und ist mit Sicherheit noch nicht zu Ende.“ Sie fordert eine klare Transparenz und sieht durchaus ein Fragezeichen hinter der Frage, ob der „Standort Esch politisch weiterhin vertreten werden könne... Ich war nie für das Esch im Bürgerentscheid. Ein neuer Suchlauf würde die JVA vermutlich von Rottweil wegbringen. Am als Gefängnisstandort ausgewiesenen Stallberg mit Aushebung der Gipsvorkommen oder Untergrundeinbau gegen Gips wäre inzwischen das Gefängnis längst gebaut, aber das war von der Landesregierung strikt abgelehnt worden.“

Stadtrat Michael Gerlich (FDP): „Die Kostensteigerung ist bedauerlich, aber zu erwarten gewesen. Die Wahlkampfversprechen des Herrn **Kretschmann** sind halt teuer. Der Bitzwald wäre längst bezugsfertig. Alternative im Esch wäre gewesen, eine Blaupause von Offenburg aufzulegen, aber das wollte keiner, auch wenn es sicherlich billiger geworden wäre. Die Öffentlichkeit habe die Kosten durch ihre Wünsche, ob berechtigt oder nicht, mit nach oben ge-



Der Standort ESCH für den JVA-Neubau.

Foto: Nädele/SchwaBo

trieben. Von außen sollte es möglichst wie ein Juwel in der Landschaft aussehen, innen alles vom Feinsten... Meines Erachtens muss selbstverständlich am jetzigen Standort festgehalten werden, denn a) ist schon genügend investiert worden (Bohrungen, Gutachten etc.), b) eine neue Standortsuche kostet noch mehr Geld und bringt mindestens ein weiteres Jahr Stillstand, c) die Stadt hat sich Jahre lang dafür gekämpft. Jede Änderung, die jetzt noch vorgenommen wird, kommt auf die 200 Millionen oben drauf.“

Für die **CDU-Landtagsfraktion** liegt die Verantwortung beim Ministerpräsidenten und den **Grünen**. „**Winfried Kretschmann** hat im Wahlkampf 2011 einen neuen Suchlauf versprochen, obwohl es – bei Zepfenhan im Bitzwaldle – einen guten Standort mit einer Kosten-schätzung von 80 Millionen Euro gab. Nun kriegen wir die Rechnung präsentiert“, wird der Strafvollzugsbeauftragte der **CDU-Fraktion, Karl Zimmermann**, zitiert. (Foto: K. Zimmermann MdL (rechts) mit A. Schmid beim DGT in Freiburg; Anna Huber/BSBD)

Zum Standort Esch äußert **das Justizministerium**: „Die ressortübergreifend getroffene Entscheidung für den in der Bevölkerung akzeptierten Standort Esch war Ergebnis eines komplexen Verfahrens unter Beteiligung des Ministeriums für Finanzen, des Ministeriums der Justiz und für Europa sowie des Staatsministeriums, letzteres wegen des Bürgerbeteiligungsverfahrens der Staatsrätin. Die Entscheidung erfolgte in einem Wechselspiel aus intensiver Prüfung, Abwägung und Bürgerbeteiligung vor Ort. Insgesamt ist das Ergebnis ein gutes Beispiel für gelebte Politik. Aus Sicht des Justizvollzugs sprechen für Rottweil als traditionellem Vollzugsstandort insbesondere die zentrale Lage im künftigen Zuständigkeitsbereich und die gute Verkehrsanbindung. Wir wollen deshalb an dem gewählten Standort festhalten.“

Nach einer aktuellen Nachricht im SCHWARZWÄLDER BOTEN vom 11. April 2018 liegen die Gesamtkosten nach o. g. neuesten Schätzungen bei 182 Millionen Euro. Auf Initiative des Justizministeriums von Guido Wolf (CDU) sollen die betroffenen Ressorts nun Einsparoptionen prüfen. Dabei soll es aber zu keiner Verzögerung des Vorhabens kommen und auch die vorgegebenen Mindeststandards sollen eingehalten werden, betont das Ministerium.

Die von der Bürgerinitiative „Neckarburg ohne Gefängnis“ nun erneut geforderte Prüfung mit einer Standortverlagerung zum ursprünglich vorgesehenen Stallberg – ebenfalls bei Rottweil – soll indessen nicht mehr aufgemacht werden. wok

(Quellen: die o. a. Auszüge stammen aus den SCHWARZWÄLDER BOTEN vom 26.02., 27.02., 06.04., 07.04. und 11.04.2018.)



Hier hat allein der BSBD mit seinem Landesvorsitzenden ganz kräftig mitgewerkelt!

BADEN-WÜRTTEMBERG
 MINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR EUROPA
 Medieninformation – 15. Mai 2018

Verbesserungen für den Justizvollzug durch Änderung des Landesbesoldungsgesetzes/650 Beschäftigte profitieren

Kurzbeschreibung:

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf (Foto: dpa): „Wir wollen für zwei wichtige Berufsgruppen im Justizvollzug spürbare Verbesserungen erreichen.“



Der am heutigen Dienstag (15. Mai 2018) im Ministerrat beschlossene Gesetzesentwurf zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sieht spürbare Verbesserungen für Teile der Beschäftigten im baden-württembergischen Justizvollzug vor. So soll die Stellenzulage für medizinisch oder pflegerisch qualifizierte Beamtinnen und Beamte des Vollzugsdienstes von gegenwärtig 39,95 Euro auf 79,90 Euro im Monat steigen. Davon würden rund 200 Beschäftigte in den Krankenrevieren der Justizvollzugsanstalten und im Justizvollzugskrankenhaus profitieren. Darüber hinaus soll eine Stellenzulage für die Laufbahnen des Werkdienstes in Höhe von 79,90 Euro monatlich geschaffen werden. Zwar müssen sich Beamtinnen und Beamte eine etwaige gewährte Meisterzulage anrechnen lassen,

selbst dann profitieren sie jedoch von einer tatsächlichen Erhöhung ihrer Besoldung in Höhe von 39,95 Euro im Monat. Diese Regelungen sollen 450 Beamtinnen und Beamte im Werkdienst des Justizvollzugs im Land zu Gute kommen.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf sagte: „Nach dem starken Anstieg der Gefangenenzahlen seit dem Jahreswechsel 2015/2016 ist die Belegungssituation die drängendste Pro-

blematik im Justizvollzug. Baulich haben wir unter anderem mit dem Erhalt des Bau I der Justizvollzugsanstalt Stuttgart reagiert. Darüber hinaus haben wir in den vergangenen beiden Jahren insgesamt 218 Neustellen für den Justizvollzug geschaffen. Wir wollen für zwei wichtige Berufsgruppen im Justizvollzug spürbare Verbesserungen erreichen. Das wäre zugleich ein Zeichen der Wertschätzung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug, die derzeit besonders belastet sind.“

Angemerkt

Gewalt in den Gefängnissen – unausrottbar?!

Bevor man sich die Gewalt im Gefängnis ansieht, sollte man mal um sich blicken; denn Gewalt ist keineswegs ein spezifisches Gefängnisereignis, sondern eine globale Phänomen, das – wie sollte es anders sein – sich im Gefängnis ganz besonders extrem und bizarr abbildet. **Die negativen Erscheinungen der Makrowelt verstärken sich in der Mikrowelt des Gefängnisses – es ist ein Abbild unserer Gesellschaft in konzentrierter Form und unter verschärften Bedingungen.**

Nur vier bis fünf Prozent aller zu Kriminalstrafen Verurteilten landen im Strafvollzug; das sind entweder vielfach vorbestrafte Bewährungsbrecher oder massive Gewalt- und Sexualstraftäter mit hohen Jugend- bzw. Freiheitsstrafen und vielfach mit schwerwiegenden Alkohol- und Drogenkarrieren. Und es kann nicht verwundern, dass diese Gefangenen ein durch Erziehung, Beeinflussung und Erfahrung geprägtes Gewaltpotential mitbringen, verbunden mit einer hochgradigen Respektlosigkeit gegen alle sozialen und insbesondere strafrechtlichen Normen – und gegen deren Repräsentanten, denn diese sind ja konkret fassbar.

Auch wenn sich in der am 08.05.2018 von **Bundesinnenminister Seehofer** vorgestellten **Kriminalstatistik 2017** für die BRD erfreuliche deutliche Rückgänge bei Diebstahl um 11,8 Prozent und bei Wohnungseinbrüchen um 23 Prozent sowie auch bei Gewaltdelikten um 2,4 Prozent feststellen lassen, so werden diese Ergebnisse auf den Justizvollzug keine Auswirkungen haben, denn ihm bleibt der harte Kern der gewaltbereiten Gefangenen unvermindert erhalten – oder er wird noch ansteigen. Denn das Gefängnis mit seiner dicht aufeinander lebenden und derzeit auch noch zusammenge-

pferten, egoistischen und mitleidslosen Ausnahmepopulation ist eine besondere Form des realen Mikrokosmos unserer Gesellschaft. Das mag bitter klingen, ist aber so. Wegen der totalen Verknappung aller – gerade für die Insassen – erstrebenswerten und angenehmen Dinge – wie z.B. Alkohol und andere Drogen, Auto und Mobilität, Party, Sex und Games – herrscht folgerichtig in den Anstalten ein ausgeprägter „Sozialdarwinismus“ – eine Subkultur mit der Macht bei den Stärksten oder Ausgefuchsesten – sie haben das „Sagen“ und das „Tun“ oder besser: sie „lassen tun“. Dass deren selbstgemachten „Gesetze“ meist mit Gewalt durchgesetzt werden, ist aufgrund der sozialen Herkunft dieser Täter mit ihrer Prägung durch hoch kriminovale Faktoren eigentlich nur folgerichtig ¹. Sie haben dies auch jederzeit vor Augen, denn sie können auch Fernsehen, Zeitungen und Magazine lesen: Unsere Welt ist voller Gewalt: dies betrifft nicht nur die vielen Kriege mit ihren permanent verfügbaren, erschütternden Reportagen – auch über den sogenannten IS, sondern ebenso und besonders das dauernd sichtbare globale Wirtschaftshandeln mit seiner gnadenlosen Machtausübung und nicht selten mit subtil eingesetzter Gewalt: Wer – wie Hedgefonds – auf Verluste oder den Niedergang von Gesellschaften wettet und daraus horrend Gewinne erzielt, übt gewissermaßen Gewalt aus. Wer als Finanzinvestor Betriebe aufkauft, diese umgehend mit Gewinn abwickelt und dadurch Arbeitsplätze vernichtet, übt gegenüber Menschen gewaltigen Druck aus. Auch im alltäglichen Konsumleben macht sich dies durch zunehmend martialische Wortschöpfungen bemerkbar: die Werbung spricht von: „Rabattschlachten, Preiskämpfen, Konkurrenzkämpfen, Preiskriegen, feindlichen Übernahmen,

Handelskriegen usw.“ Wer Auto fährt weiß, dass die Sitten im Straßenverkehr zunehmend verrohen und teils zu Gewaltanwendungen führen.

Ganz aktuell hat zum „**Tatort Schule**“ *PZ-news* am 22.04.2018 berichtet: „Prügeleien, Diebstahl und Mobbing – die Gewalt an den Schulen macht nicht nur Lehrern und Eltern zunehmend Sorgen. Der Tatort Schule ist längst auch fester Bestandteil der Kriminalstatistik in Baden-Württemberg. Diese weist für 2017 eine Zunahme von Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent auf“ (2017: 13 209 Fälle). **Keine guten Aussichten für den künftigen Jugendstrafvollzug.**

Wenn dann noch direkt vor den Augen von jungen Gefangenen bestimmte Kriminalitätsformen wie Rockerbanden, marodierende IS-Kämpfer oder rassistische Hassparolen aus Politzirkeln als erfolversprechende Vorbilder wahrgenommen werden, dann bleiben viele sozial verträglichen Haltungen und Verhaltensweisen auf der Strecke. Und es kann uns niemand weismachen, dass die tage- und wochenlange Beschäftigung mit „Shooting-Games“ und der Dauereinsatz als „Shooter“ nicht zu erheblichen psychischen und mentalen Schäden mit Nachahmungs- und Selbstdarstellungsphantasien führen. Hinzu kommt dann noch das von jungen Leuten im „Streaming“ sehr laut und unablässig gehörte Rapper-Gestammel mit seinen gewaltfordernden menschenverachtenden Texten. All diese Einflüsse zeitigen bei labilen und noch leicht beeinflussbaren jungen Menschen große Wirkung; denn es ist fatal, wenn suggeriert wird, dass Druck und Gewalt – ob subtil oder manifest – zu schnellem Erfolg führen.

Insgesamt hat sich so unsere Gesellschaft offenbar von einer solidarischen und kompromissbereiten Gesellschaft zu einer individualistischen, eigennützigen und konkurrenzgeleiteten Gesellschaft entwickelt.



Tatort Schule.
Foto: dpa/PZ

Und solange sich in all diesen Bereichen keine anderen gesellschaftlichen Regelwerke und Abläufe, zumindest mit einem Ansatz von sozialem Ausgleich und von konstruktiver gewaltfreier Konfliktlösung, entwickeln lassen, solange wird auch in Gefängnissen weiter Gewalt ausgeübt werden. Schön wäre es, wenn sich in einem solchen Entwicklungsprozess auch ein paar Quäntchen Empathie und Altruismus finden ließen.

Es ist erstaunlich, dass in Gewaltstudien aus Gefängnissen diese gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge, die den Forschern eigentlich bekannt sein müssten, weitestgehend ignoriert werden und nur das Gewaltgeschehen empirisch quantitativ dargelegt wird². Dies scheint besonders bedenklich bei Studien aus dem Jugendstrafvollzug, da gerade diese jungen Gefangenen besonders anfällig für äußere Einflüsse und für Imitationsverhalten sind, wie man dies schon seit langer Zeit aus der Entwicklungspsychologie weiß.

Wenn diese Darstellung in Ansätzen stimmt, dann wird Gewalt in Gefängnissen – und zwar bei Gefangenen unter

sich und gegen Bedienstete – nie ganz auszumerzen sein. Es gilt deshalb, die innere Gewalthaltung und die Gewaltbereitschaft rechtzeitig erkennen und manifeste Gewalthandlungen so rasch wie möglich beherrschen zu können. Hinzu müssen Maßnahmen kommen, um die Gefangenenkultur wirksam einzudämmen.

Hierzu bedarf es:

- hohe Standards bei Beobachtung und Beaufsichtigung sowie bei der Betreuung,
- Einschränkungen bei offenen ungelenkten Freizeiten, ggf. mit begrenzten Gefangenenzahlen,
- hohes Maß an Überwachung, auch durch Einsatz von (intelligenter) Videoüberwachung und -aufzeichnung in allgemein zugänglichen Bereichen (wie Flure, Treppenhäuser, Aufenthaltsräume, Arbeitsbetriebe, Höfe usw.),
- Bildung von kleineren Gefangengruppen und Verlegungen bei erkannten Auffälligkeiten,
- Fortbildung für Bedienstete zur Anwendung von Strategien der Deeskalation im gleichen Maße wie Trainings zur Selbstverteidigung und zum Einsatz robuster Abwehrmaßnahmen,
- Verfügbarkeit von Schutzmittel – auch von Body-Cams,
- konsequente Verfolgung und Ahndung der tätlichen Übergriffe,
- Ausweitung des Angebots von Antiaggressionstrainings, die sich nach Forschungsergebnissen zumindest eine begrenzte Zeit günstig auswirken³.

Wenn wir auch wissen, dass der Justizvollzug wohl nie eine Harmonieveranstaltung werden wird, soll diese Anmerkung keineswegs ein Jammern auf hohem Niveau sein, sondern auch ein Appell zur Intensivierung der öffentlichen Ächtung von Gewalt auf allen sozialen und politischen Ebenen sowie in allen Gesellschaftsbereichen – und natürlich besonders in Gefängnissen. Dazu gehören amtliche Reaktionen ebenso wie persönliche – und gewaltlose – Zivilcourage. *wok*

¹ Eine eindrucksvolle und durchaus nicht wirklichkeitsfremde Darstellung subkultureller Abläufe findet sich in dem Spielfilm: „Die Verrohung des Franz Blum“ von und mit Burkhard Driest und mit Jürgen Prochnow, allerdings schon aus dem Jahr 1974.

Gute Anschauung liefert auch immer noch die soziologische Studie „Die Subkultur des Gefängnisses“ von Steffen Harbordt, 1967.

² „Viktimisierungserfahrungen im Justizvollzug“, Steffen Bieneck & Christian Pfeiffer, 2012 Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)
Demgegenüber werden in der Studie „Gewalt im Gefängnis“ von Sven Hartenstein, Dr. Maja Meischner-Al-Mousawi und Sylvette Hinz, April 2017, Kriminologischer Dienst des Freistaates Sachsen bei der Diskussion der Ergebnisse gesamtgesellschaftliche Aspekte und Einflüsse auf die Jugendstrafgefangenen ansatzweise beachtet.

³ Nach einer Studie zur „Evaluation eines Trainings für Gewalttäter im Jugendstrafvollzug“ von Christiane Bosold und Oliver Lauterbach (KFN u.a. 2010) mit zwei Testgruppen hat sich gezeigt, dass im Vorher-Nachher-Vergleich sich bei den Trainingsteilnehmern sowohl eine Verringerung verschiedener Facetten von Aggressivität als auch eine Steigerung der Verantwortungsübernahme für die Straftat ergeben hatten. Jedoch finden sich deutliche Hinweise auf eine Abschwächung der Trainingseffekte nach längerer Beobachtungszeit. Die Stärkung von Kompetenzen wie Empathie konnte nicht nachgewiesen werden. Auch in Bundeszentralregisterdaten ergaben sich keine unterschiedlichen Häufigkeiten von Gewalttätigkeiten.

Deutliches Gehaltsplus ausgehandelt

Tarifstreit im öffentlichen Dienst ist beendet

„Der Tarifstreit im öffentlichen Dienst ist beendet. **Beamtenbund** und **ver.di** haben sich mit Bund und Kommunen nach einem dreitägigen Verhandlungsmarathon am 17. April 2018 spätabends auf ein Tarifpaket verständigt.

Für die 2,3 Millionen Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen ist dabei ein differenzierter Abschluss mit einem Gesamtvolumen von rund 7,5 Prozent über eine Laufzeit von 30 Monaten herausgekommen. Die erste Steigerung erfolgt rückwirkend zum 1. März 2018 um rund 3,2 Prozent, dann zum 1. April 2019 um etwa 3,1 Prozent und zum 1. März 2020 um weitere 1,06 Prozent.

Die Bundestarifkommission des **dbb**, der auch eine Delegation aus Baden-Württemberg angehört, hat dem Tarifabschluss mit großer Mehrheit zugestimmt.“

Zunächst profitieren die Beamtinnen und Beamten der Länder – und so auch die Landesbediensteten und Versorgungs-



Im Bild von rechts die baden-württembergischen Mitglieder der **dbb** Bundestarifkommission mit **dbb** Chef **Ulrich Silberbach**: **BBW** Vorsitzender **Kai Rosenberger**; **BBW** Vize **Jörg Feuerbacher**; **Michael Brändle**; **dbb** Chef **Ulrich Silberbach**; **Edmund Schuler**; **Ursula Kampf**; **Klaus Schork**. Foto: **BBW**

empfänger in Baden-Württemberg – noch nicht von diesem, doch bemerkenswerten Abschluss. Denn die Tarifverhandlungen für die Länderbeschäftigten beginnen erst wieder im Frühjahr 2019; solange läuft noch der zuletzt abgeschlossenen Vertrag. Und erst in einem zweiten Schritt wird dann wieder darum zu ringen sein, ob das dann vorliegende Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich für die Landesbeamtinnen und -beamten und Versor-

gungsempfänger übernommen werden wird. *wok*

Aber eine erste Zielmarke hat bereits jetzt „Bundesinnenminister **Horst Seehofer** gesetzt, der unmittelbar nach der Tarifeinigung angekündigt hat, dass der Bund das Tarifergebnis zeitgleich und systemkonform auf die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten übertragen werde.“

(PM **BBW** vom 18. April 2018)

Fachgruppensitzung der „Jungen“ in Heimsheim

Philipp Weimann (Heilbronn) zum Landesfachgruppensprecher gewählt



Von links: **A. Schmid**, **Th. Gerdas**, **L. Koch**, **G. Killewald**, **R. Neff**, **I. Kaupp**, **T. Sommerfeld**, **Ph. Weimann**.

Am 21. März 2018 trafen sich die Vertreter der Jungen Bediensteten in der Justizvollzugsanstalt Heimsheim zu ihrer Fachgruppensitzung.

Nach Begrüßung durch den Landesfachgruppensprecher **Philipp Weimann** und dem Anstaltsleiter der JVA Heimsheim, Herrn **Dr. Jansen**, berichtete der **BSBD** Landesvorsitzende **Alexander Schmid** über aktuelle Themen aus dem Landesverband.

Hier konnten die Jungen Kolleginnen und Kollegen fachspezifische Fragen stellen, welche **Alexander Schmid** allesamt gerne und ausführlich beantwortete.

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de · Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Präl.-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



Kompetenz & Augenmaß für den Strafvollzug

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

www.bsbd.de

wortete. Da nach dem Landesdelegiertentag eine neue Fachgruppenvertretung zu wählen war, bedankte sich **Philipp Weimann** bei seinem Team, welches mit ihm zusammen seit 2013 die Arbeitsgruppe leitete. Dies waren: **Ann-Kathrin Ott** (Schwäbisch Gmünd), **Rebecca Neff** (Heilbronn), **Jürgen Rothmund** (Ravensburg), **Thomas Egler** (Schwäbisch Gmünd) und der stellv. Fachgruppensprecher **Ralf Schraut** (Mannheim). **Als neue Arbeitsgruppe wurden durch die Versammlung**

nachfolgende Kolleginnen und Kollegen gewählt.

- Landesfachgruppensprecher: **Philipp Weimann** (Heilbronn)
 - Stellv. Landesfachgruppensprecherin: **Gina Killewald** (Ulm)
 - Schriftführer: **Rebecca Neff** (Heilbronn)
 - **Lisa Koch** (Schw. Gmünd)
 - **Ines Kaupp** (Rottenburg)
 - **Toni Sommerfeld** (Hohenasperg)
 - **Thilo Gerdes** (Bruchsal)
- Vielen Dank an alle für ihre Bereit-

schaft, sich in diesem Bereich zu engagieren.

Philipp Weimann berichtete anschließend noch über den anstehenden Landesjugendtag der **BBW-Jugend** in Karlsruhe und über die künftigen Aufgaben für die Fachgruppe.

Nach der Mittagspause führte **Sascha Burkhardt**, zusammen mit **Patrick und Uwe Ott**, durch die JVA Heimsheim. Vielen Dank an den Ortsverein der JVA Heimsheim für die tolle Organisation und Verpflegung. *Philipp Weimann*



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachgruppentagung für Junge Bedienstete in Heimsheim.

Fotos (2): BSBD-FG JB

Der Blick wird auf Problemlösungen gerichtet

Arbeitsgruppe Vollzugsdienst im Justizvollzug tagt in schwierigen Zeiten

Am 27. April 2018 traf sich die AG „Vollzugsdienst im Justizvollzug“ zu ihrer diesjährigen Arbeitstagung in Baiersbronn. Erfreulicherweise konnten auch der BSBD Landesvorsitzende Alexander Schmid und die Landesfachgruppensprecherin der weiblichen Bediensteten Karin Maier teilnehmen.

Nach einer kurzen Begrüßung der Teilnehmer übergab **Jürgen Scheike** dann auch gleich das Wort an Kollegen **Alexander Schmid**, der sehr ausführlich und kurzweilig über aktuelle Themen aus der Verbandsarbeit berichtete. Im Anschluss hieran ging er dann nochmals auf die im letzten Jahr stattgefundenen Delegiertentage ein. Dies waren im Einzelnen:

- **Delegiertentag** des BSBD BW im Oktober 2017 in Freiburg,
- **Delegiertentag** des dbb im November 2017 in Berlin,
- **Delegiertentag** des BBW im Dezember 2017 in Ludwigsburg.

Nach der Mittagspause wurde dann sehr kontrovers über das Thema „Überbelegung der verschiedenen Justizvollzugsanstalten“ und zu den Überlegungen seitens des Justizministeriums, diesem Umstand Herr zu werden, diskutiert.

Danach stand der Landesvorsitzende Rede und Antwort zu den brennenden Fragen aus der Fachgruppe. Unter anderem wurden die nachfolgenden weiteren Themen besprochen.

- Evaluation der Uniform,
- Beschaffung von stich- und schnitthemmenden Handschuhe,
- Übergriffe auf Bedienstete durch Vollzugsstörer und psychisch auffällige Gefangene,
- erhöhte Gefahr der Übertragung infektiöser Krankheiten.

Kollege **Schmid** betonte nochmals ausdrücklich die angenehme und offene Zusammenarbeit des BSBD Landesvorstandes mit **Justizminister Guido Wolf (CDU)** und belegte dies auch mit den insgesamt zugewiesenen 151 Neustellen für das Haushaltsjahr 2018/2019.

Bis auf ein paar wenige Stellen geht der größte Anteil (130 Mehrstellen) direkt in die Fläche. Das gab es zuvor noch nie, so **Schmid** weiter.

Dennoch beharrt der BSBD Baden-Württemberg auf der geforderten Anzahl von landesweit mindestens 500 Mehrstellen für alle Laufbahnen.

Für den nächsten Doppelhaushalt 2020/21 werden in einem weiteren Schritt also zusätzliche 150 bis 200 Neustellen für den Justizvollzug im Land als notwendig erachtet.

Neben den personellen Konsequenzen stellte **Schmid** auch klar, dass der BSBD dringend auf die längst überfällige Baukonzeption setze: Neubau JVA Rottweil, Neubau JVKH, bauliche Neuausrichtung des Bildungszentrums Justizvollzug in Stuttgart-Stammheim und – bei anhaltend hoher Belegung – auch Prüfung des Ausbaus bestehender Vollzugsanstalten müssten hohe Priorität haben.

Nicht vergessen werden dürfte auch, dass eine Überarbeitung der Stellenobergrenzen, des Anwärterzuschlages und der Höhe der Gitterzulage längst angezeigt seien. Auch hier sei der BSBD im Gespräch mit den Verantwortlichen der Ministerien.

Die Resterfüllung der Ergebnisse aus den Empfehlungen der Expertenkommission im Jahr 2015 obliegt nunmehr der Arbeitsgruppe „Moderner Strafvollzug“ als gefühlte Nachfolgerin dieser Kommission.

Zur Sachstandsanfrage bezüglich der freien Heilfürsorge erläuterte der Landesvorsitzende die Haltung des BSBD hierzu. Derzeit werden im Finanzmi-



AG „Vollzugsdienst im Justizvollzug“ von links: Schelenz, Bayer, Scheike, Zielinski, Reichle, Maier, Jurak, Thiel, Schmid.
Foto: BSBD-AG-VD

nisterium noch verschiedene Möglichkeiten geprüft. „Es kann aber derzeit keine abschließende Tendenz, wohin die Reise gehen könnte, festgestellt werden“, so Schmid.

Auch die Problematik der derzeit sehr starken Lieferverzögerungen der Dienstbekleidung wurde ausführlich erörtert. Hier wurden seitens des Innenministeriums Prioritäten zur Auslieferung gesetzt, die Justiz jedoch folgt danach ganz zum Schluss. Der BSBD

regt an, eine Musterausstattung zur Anprobe in jeder Vollzugsanstalt zur Verfügung zu stellen. So könnte man einer falschen Bestellung der Größe weitestgehend entgegenwirken. Die letzte Nachfrage des Landesvorsitzenden in dieser Sache war im März 2018; die Antwort hierauf liegt aber noch nicht vor. Der BSBD bleibt auch hier „am Ball“. Ebenso steht das Protokoll der Sitzung der AG Uniform aus dem Oktober 2017 leider noch aus, so Schmid.

Kollege **Scheike** erläuterte die derzeitige Situation der Landesfachgruppensprecher beim „Vollzugsdienst im Justizvollzug“.

Da Kollege **Jurak** aus zeitlichen Gründen sein Amt als zweiter Fachgruppensprecher niedergelegt hat, war dieses Amt neu zu besetzen. Hier sprach sich das Gremium einstimmig für Kollegen **Uwe Zielinski** (OV Mannheim) als Nachfolger aus.

Auch das Amt des stellvertretenden Landesfachgruppensprechers war zu besetzen. Ebenfalls einstimmig einigte sich das Gremium hier auf den Kollegen **Steffen Schelenz** (OV Stuttgart). Beide Kollegen sollen auf der nächsten LHVS entsprechend bestellt werden.

Zum Schluss der Arbeitstagung wurde die derzeitige Begrüßungsmappe für Neumitglieder samt Inhalt vorgestellt. Der Vorschlag durch den Landesvorsitzenden **Alexander Schmid**, jedem Ortsverband eine Begrüßungsmappe zur Verfügung zu stellen, wurde durchweg positiv aufgenommen. Diese sollen dann bei der Landeshauptvorstandssitzung Ende Juni 2018 den OV-Vorsitzenden durch die Mitgliederverwaltung ausgehändigt werden. Eine solche Begrüßungsmappe erhält dann auch jedes neue Mitglied im Rahmen der Neumitgliedschaft per Post.

Die nächste AG-Tagung findet 2019 in Stuttgart statt.
Uwe Zielinski

Treffen der Fachgruppen Medizinische Dienste

Versammlungsteilnehmer formulieren Anträge zur BSBD-Landeshauptvorstandssitzung

Am 19.04.2018 trafen sich die Fachgruppen der medizinischen Dienste (ärztlicher Dienst und Krankenpflege) des baden-württembergischen Justizvollzuges zu ihrer Jahrestagung in Offenburg.

Bei strahlend blauem Himmel und sommerlichen Temperaturen, die im Tagesverlauf bis 29° C anstiegen, war für die meisten der Teilnehmer schon die Fahrt in die Ortenau ein Vergnügen, zierten doch manch blühender Obstbaum oder austreibender Weinstock den Weg entlang der genutzten Schienen und Straßen. Nach den üblichen Formalien an der Torwache der JVA Offenburg führte der erste Weg in einen vorbereiteten Konferenzraum zu Kaffee, Laugengebäck und kalten Getränken für die oftmals über Stunden angereisten Teilnehmer. Sogleich wurde jedoch die Gelegenheit genutzt, die Erlebnisse der vergangenen zwölf Monate auszutauschen. Nach kurzer Zeit stieß auch der Anstaltsleiter, LRD **Hans Pe-**



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachgruppen Medizinische Dienste im Justizvollzug.
Foto: BSBD-FG MedD

ter Wurdak, hinzu, sodass gemäß der Tagesordnung mit der Präsentation der Anstalt durch ihren Leiter begonnen werden konnte. Zügig entwickelte sich ein lockerer Austausch über aktuelle Entwicklungen, Sorgen, gesundheitliche Versorgung und die Zusammenar-

beit mit dem JVKH Hohenasperg. Dem Austausch schloss sich eine Führung durch die für die Fachgruppen besonders relevanten Teile der JVA an: Sozialtherapie und Krankenabteilung. Die klaren baulichen Linien dieser neuesten baden-württembergischen Anstalt mit

einer Übersichtlichkeit, die vielen älteren, insbesondere kleineren Anstalten nicht zu eigen ist, vermittelten einen ruhigen, organisierten, harmonischen und durchaus positiven Eindruck. Leider erfuhr dieser im Hafthaus einen Dämpfer, da Schallwellen deutlich von den Wänden reflektiert wurden und so die Kommunikation in der Gruppe erschwerte.

Nach Abschluss der informativen Anstaltsbegehung führte der Weg in ein Lokal außerhalb des Vollzuges. Nachdem die Mehrzahl der Teilnehmer am Mittagstisch jahreszeitlich bedingt in Spargeln geschwelgt hatte, berichtete im reservierten Nebenraum zunächst **Andreas Galster** für die Fachgruppe Ärztlicher Dienst von Schwierigkeiten mit einer sich ständig verändernden Gefangenenpopulation sowie zu den Hemmschuhen bei der Nachwuchsge-
winnung für den Ärztlichen Dienst: seien es Mediziner für den Vollzug oder seien es weitere Ärzte für den **BSBD** zu erwärmen. Im Grunde unverständlich, da sich die Ärzteschaft unisono als Einzelkämpfer fühle und dennoch oftmals nicht zu einem Weg solidarischen Handelns in der Fachgruppe zu bewegen sei.

Es folgte der Bericht von **Detlef Hamacher** für den Krankenpflegedienst. Schwerpunkte waren seine Aktivitäten bei den Landeshauptvorstandssitzungen und die Anträge, die er für die FG dort eingebracht hat, aber auch seine Erkenntnisse aus dem Gewerkschaftstag von Beamtenbund-Tarifunion in Ludwigsburg Ende letzten Jahres.

Weiter ging es mit Neuwahlen. Für den ärztlichen Dienst wurden **Andreas Galster** aus Ravensburg und als seine Stellvertreterin **Yasmine Hack** aus Rottenburg gewählt. Der Krankenpflegedienst wird weiter durch **Detlef Hamacher** aus Rottenburg vertreten, und **Silke Hauste**in vom Hohenasperg wurde in ihrer Funktion als Stellvertreterin bestätigt.

Bei den eingebrachten Anträgen (vorletzter Tagesordnungspunkt) liefen die Teilnehmer nochmals zur Höchstform auf und diskutierten kontrovers.

Sie schafften es jedoch, gemeinsame Ziele zu formulieren, die in Anträgen zur Landeshauptvorstandssitzung ihren Niederschlag finden werden. Mit dem Punkt „Verschiedenes“ war gegen 16.30 Uhr das Programm abgearbeitet und Kollege **Hamacher** beendete mit dem obligatorischen Abschiedsfoto die Veranstaltung.

Das nächste Treffen ist für den 11. April 2019 in Freiburg terminiert. Geplant ist zudem eine Tagung im Herbst 2019 in Rottenburg. ham

FG Landwirtschaftlicher Dienst tagte

Berichte aus den Betrieben auf der Tagesordnung

Die Fachgruppe traf sich auf Einladung des Fachgruppensprechers Martin Schäfer auf der Außenstelle Lauchheim der JVA Schwäbisch Hall. Die Teilnehmer Fachgruppe wurde durch Michael Frank als Ausrichter des Treffens begrüßt.

Die einzelnen Mitglieder berichteten aus ihren Betrieben: So informierte Kollege **Geckeler** über den Stand der Umbauten beim Haupthaus Maßhalderbuch sowohl für Bedienstete als auch für Gefangene.

Kollege **Jonitz** erläuterte die Gesamtbaumaßnahmen in der Landwirtschaft in Kislau und Kollege **Frank** gab einen Bericht über Gestaltung und Zeitablauf für den Neubau des Milchviehstalls der Kapfenburg ab. Ein großes Thema wa-

ren die personelle Besetzung und die Überstunden sowie die besonderen Situationen in den jeweiligen Außenstellen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende **Rees** berichtete aus der Vorstandsschaft und dem Landesdelegiertentag des **BSBD** in Freiburg. Schließlich ging auch durch die erheblichen Veränderungen bei der Außenstelle Bettenreute der JVA Ravensburg der Gesprächsstoff in der Fachgruppenrunde nicht aus.



Von links: Kollegen Schäfer, Rees, Geckeler, Fäßler, Jonitz, Frank und Bohn. Foto BSBD-FG LwD

Den Justizvollzug vor Ort erlebt

FDP-Landtagsabgeordneter Nico Weinmann zu Besuch

Am 15. März 2018 kam auf eigenen Wunsch der FDP-Landtagsabgeordnete Nico Weinmann zu Besuch in die JVA Heilbronn.

MdL **Weinmann** ist in seiner Funktion als Rechtspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion häufig mit Fragen zur Justiz beschäftigt; er hatte zuvor bereits den **BSBD**-Landesvorstand empfangen und sich zu Themen des Justizvollzuges informiert. Nun wollte er den Justizvollzug aber in echt – also unmittelbar vor Ort – erleben. Wie die Anstaltsleitung zudem wünschte, nahm neben dem Personalratsvorsitzenden **Antonio Rodrigues** auch der Vorsitzende des **BSBD** Ortsverbands Heilbronn, **Thomas Stuntz**, an der Gesprächsrunde teil. Kollege **Stuntz** erläuterte Herrn **Weinmann**, dass es unbedingt notwen-

dig sei, die Attraktivität unseres Berufes zu steigern. Er erwähnte hierzu die Herabsetzung der Altersgrenze auf 22 Jahre beim Anwärtersonderzuschlag, notwendige Stellenhebungen analog zur Polizei und die geplanten Parkplatzgebühren im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung. Außerdem erklärte er Herrn **Weinmann**, dass die 151 neuen Stellen für den Justizvollzug des Landes im Doppelhaushalt 2018/2019 erst ein Anfang für die weitere Personalentwicklung sein könnten. Um allen Aufgaben gerecht zu werden, seien insgesamt mindestens 450 neue Stellen notwendig. Er machte Herrn **Weinmann** auch deutlich, dass in Verbindung mit dem Fluchtfall im Dezember 2017 sehr klar wurde, dass personelle Konsequenzen erforderlich wären und dieser Vorfall auch nicht gutgeheißen

werden kann. Der Abgeordnete erklärte, dass er mit der Information des Justizministeriums, der Gefangene sei nicht gefährlich, nicht einverstanden gewesen sei. Er wollte wissen, wie es zu solch einer Fehleinschätzung kommen konnte. Dem Personal an der Basis wolle er auf keinen Fall schaden.

Ein Gesprächspunkt war auch die teilweise negative Berichterstattung in der Presse. Wenn Kolleginnen und Kollegen einem Gefangenen – wie schon geschehen – das Leben gerettet hätten, erfahre niemand davon. Bei der Polizei bekämen solche Bedienstete eine Belobigung oder Auszeichnung durch den Minister und es würde in der Presse entsprechend berichtet.

Im Anschluss an das Gespräch erhielt Herr **Weinmann** noch eine Führung durch die Anstalt. Dies ist immer die beste Gelegenheit, auf Probleme, welche wir bei unserer täglichen Arbeit haben, direkt vor Ort einzugehen.

Thomas Stuntz



Abgeordnetenbesuch in der JVA Heilbronn (v.l.n.r.): Antonio Rodrigues, Nico Weinmann MdL, Helmut Bauer, Thomas Stuntz und Arndt Seifer.
Foto: BSBD-OV HN

Hauptversammlung mit Neuwahlen und Ehrungen

Bisheriger stellvertretender Vorsitzender Bernd Mutschler verabschiedet

Am 17. April 2018 trafen sich – trotz bestem Grillwetter – 19 Mitglieder des Ortsverbandes Rottenburg, um turnusgemäß einen neuen Ortsvorstand samt Fachgruppenvertretern zu wählen.

Da wir uns bereits um 18:30 Uhr im Gasthaus „Krone“ in Remmingsheim trafen, nutzten alle die Gelegenheit und ließen sich die kühlen Getränke aus der hauseigenen Brauerei und die regional bekannten Speisen aus der Küche schmecken. Dabei boten sich auch wieder zahlreiche Möglichkeiten zum Reden und Fachsimpeln.

Um 19:15 Uhr eröffnete Vorsitzender **Detlef Hamacher** die Hauptversammlung.



Ein gutes Team: die bisherigen Vorstandskollegen Bernd Mutschler (l.) und Detlef Hamacher.

Er begrüßte den **BSBD** Landesvorsitzenden **Alexander Schmid**, der anschließend aus seiner Arbeit im Haupt-

personalrat der Justiz (HPR) und als neu gewählter stellvertretender Landesvorsitzender von **BBW** und **Tarifunion** sowie von vielen verbandspolitischen Gesprächen und Veranstaltungen des **BSBD** berichtete.

Es folgten die Berichte des Ortsverbandsvorsitzenden, der Fachgruppenvertreter sowie zur Kassenprüfung.

Nach erteilter Entlastung schlossen sich die Neuwahlen an. Leider konnten nicht alle Kandidaten anwesend sein, da ja auch der Nachtdienst in der JVA Rottenburg besetzt werden musste.

Die Neuwahlen brachten Veränderungen mit sich. Zunächst aber stellte Kollege **Hamacher** klar, dass er nun zum letzten Mal als Kandidat für den Vorsitz zur Verfügung stehe, da er in



Der „Neue Vorstand“ (v.l.n.r.): Hamacher, Drackowski und Stötzer sowie Landesvorsitzender Schmid.



„25 Jahre“ (v.l.n.r.): Hamacher, Teufel, Gehrung, Schmid.

Fotos (4): BSBD-OV Rottenburg

knapp zwei Jahren in den wohlverdienten „Unruhestand“ treten werde. Sein bisheriger Stellvertreter und „Jahrgänger“ **Bernd Mutschler** ginge ihm heute schon voraus und trete nicht mehr zur Wahl an. Für seine langjährige, enge und angenehme Art der Zusammenarbeit dankte ihm **Hama-**

cher sehr herzlich und überreichte ein kleines Geschenk des Ortsverbandes. Für ihn steigt nun Kollegin **Hafenmayr** als stellvertretende Vorsitzende mit ins Vorstandsboot. Auch bei der Kasse und Schriftführung steht ein Stabwechsel der besonderen Art an. Der bisherige Schriftführer **Stötzer** übernimmt die

Kasse und Kollege **Draczkowski** wechselt von der Kasse zur Schriftführung.

Als **Fachgruppenvertreter** wurden einstimmig gewählt:

Geisheck (Vollzugsdienst im JVD); **Denger** (Werkdienst); **Götz** (Sozialdienst); **Hamacher** (Krankenpflege-dienst); **Stoll** (weibliche Bedienstete); **Haag** (geh. Verw. Dienst); **Heyer** (mittl. Verw. Dienst); **Kaupp** (Junge Bedienstete); **Geckeler** (Landwirtschaftliche Außenstelle); **Fischer** (pädagogischer Dienst); **Draczkowski** (Tarifbeschäftigte); **Sailer** (Pensionäre).

Die Kasse wird künftig von **Klaus Hopp** und **Dieter Karrer** geprüft.

Zum Schluss folgten die Ehrungen langjähriger Mitglieder.

- Für 25 Jahre Mitgliedschaft im BSBD wurden **Raymon Gehrung** und **Albrecht Teufel** geehrt.
 - Für 40 Jahre Mitgliedschaft im BSBD konnten gleich drei Jubilare geehrt werden: **Roland Holocher**, **Ansgar Tresp** und **Peter Hegen**.
- Ortsverbandsvorsitzender **Hamacher** und Landesvorsitzender **Schmid** überreichten Urkunden, Treuenadeln und jeweils einen Einkaufsgutschein der WTG Rottenburg. *Stötzer*



„40 Jahre“ (v.l.n.r.): **Hamacher, Hegen, Holocher, Tresp, Schmid**.

Wolfram Müller seit 60 Jahren Mitglied im BSBD

Gut besuchte Jahreshauptversammlung – Lars Rinklin aus dem OV-Vorstand verabschiedet

Am Donnerstag, 12. April 2018, fand im BEAFU-Keller die Jahreshauptversammlung des BSBD Ortsverbands Heilbronn statt.

Vierzig Mitglieder hatten sich eingefunden, um vom Ortsverbandsvorsitzenden **Thomas Stuntz** begrüßt sowie über die aktuellen Entwicklungen im Land und im Ortsverein informiert zu werden. Besonders begrüßte er das BSBD Ehrenmitglied **Wolfram Müller** sowie von der BGV den Direktionsbevollmächtigten **Thorsten Söffner** und

Simone Teichtinger, die für uns als regionale Ansprechpartnerin zur Verfügung steht.

Vorsitzender **Thomas Stuntz** ging auf folgende Themen ein:

- Landeshauptvorstandssitzung in Karlsruhe
- Besuch des BSBD OV Mannheim in Heilbronn
- BSBD Landesdelegiertentag in Freiburg
- Abordnungen nach Stuttgart
- Flucht und Entweichungsfälle in der JVA Heilbronn

- Kooperation mit der BGV
- Ankündigung von Parkplatzgebühren.

Nach der üblichen Aussprache referierte der erste stellv. Landesvorsitzende **Michael Schwarz** über aktuelle Themen der Landespolitik und aus dem Hauptpersonalrat.

Verabschiedet aus dem Ortsverbandsvorstand wurde Kollege **Lars Rinklin**, welcher sich voll und ganz auf seine anfordernde Tätigkeit als stellv. Landesvorsitzender konzentrieren möchte. Für ihn wurde als neuer stellv. Ortsver-



„Ehrung 60 Jahre“ (v.l.n.r.): **Thomas Stuntz, Wolfram Müller, Michael Schwarz**.



„Ehrungen“ (v.l.n.r.): **Helmut Bauer, Michael Schwarz, Thomas Stuntz, Ronny Blankenburg, Martin Schäfer, Volker Ebert, Ralf Schäfer, Lars Rinklin, Philipp Weimann**.



Neuer Vorstand OV HN (v.l.n.r.): Kassier Volker Ebert, Vorsitzender Thomas Stuntz, stellv. Vorsitzender Ronny Blankenburg, Schriftführer Philipp Weimann.

Fotos (3): OV-HN

bandsvorsitzender **Ronny Blankenburg** einstimmig von der Versammlung gewählt. **Lars Rinklin** bekam als Dankeschön für seine langjährige Tätigkeit

einen kleinen Präsentkorb von **Thomas Stuntz** überreicht.

Des Weiteren wurden **Ralf Schäfer** und **Martin Schäfer** für 25-jährige

Mitgliedschaft im BSBD mit einem kleinen Weinpräsent geehrt.

Einen größeren Geschenkkorb erhielt das BSBD Ehrenmitglied **Wolf-ram Müller** für seine mittlerweile 60 Jahre währende Mitgliedschaft – dies ist ein außerordentliches Ereignis und aller Ehren wert.

Ein Dank ging auch an unseren scheidenden Verwaltungsleiter **Helmut Bauer** für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren; wir wünschen ihm in seiner neuen Tätigkeit viel Erfolg.

Ebenso bedankte sich der OV Heilbronn bei **Michael Schwarz**, der ein gern gesehener Gast in Heilbronn ist, auch er bekam ein Weinpräsent. Außerdem erhielten Herr **Söffner** und Frau **Teichtinger** aus den Händen von **Thomas Stuntz** ein Sektpräsent. Dem **BGV** gebührt ein besonderer Dank, denn von ihm wurden die Aufwendungen für die Bewirtung übernommen.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an die Kollegen **Kurz** und **Rudigier** für das nun folgende Essen: der Schwabenteller war wieder grandios!

Die Veranstaltung wurde anschließend in lockerer Runde beendet.

Philipp Weimann

Erfreulicher weiterer Mitgliederzuwachs zu verzeichnen

Manja Sommer zur Fachgruppenvertreterin der weiblichen Bediensteten gewählt

18 Mitglieder des BSBD-Ortsverbands Rottweil haben sich am 25. April 2018 um 18:00 Uhr zur Jahreshauptversammlung in den Löwen-Stuben in Schömberg-Schörzingen eingefunden. Vorsitzender **Klaus Schiff** eröffnete um 18:00 Uhr die Jahreshauptversammlung des Ortsverbands. Begrüßt wurde auch der Landesvorsitzende **Alexander Schmid**.

Dem Bericht des Ortsverbandsvorsitzenden war zu entnehmen, dass mit der aktuellen Mitgliederzahl von nunmehr 80 Kollegen und Kolleginnen ein weiterer Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen ist. Von insgesamt 92 Bediensteten der JVA Rottweil und deren Außenstellen ist dies ein sehr ansehnlicher Anteil von fast 87 Prozent.

Hierbei ist auch zu erwähnen, dass eine ganze Reihe von Bediensteten, die sich schon seit längerer Zeit im Vollzug bzw. im Verwaltungsdienst befinden, sich für eine Mitgliedschaft im Bund der Strafvollzugsbediensteten entschieden hat. Leider sind in den letzten Monaten zwei Kollegen der JVA Rottweil verstorben. Am 17. Februar 2018 ist im hohen Alter von 91 Jahren unser Pensionär **Wilhelm Tramitzke** verstorben und am 6. März 2018 hat uns der Tod von Kollegen **Jörg Neininger** im Alter von erst 42 Jahren erschüttert. Unsere Gedanken und unsere Trauer gelten ihren Angehörigen und den Zeiten der Gemeinsamkeit, die wir mit ihnen verbringen durften.

Anschließend wurde von unserem Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** den anwesenden Mitgliedern in einer tiefgreifenden und überzeugenden Darstellung verdeutlicht, wofür unsere Gewerkschaft des Bundes der Strafvollzugsbediensteten im öffentlichen Raum steht. Eine stetige Präsenz des BSBD in

allen bedeutenden Bereichen und ein starker Vorstand auf Landesebene stellen einen wichtigen Pfeiler für den Justizvollzug dar.

Nach den Einzelberichten der Fachgruppenvertreter und der Vorlage des Kassenberichts durch unseren Kassier **Günter Bosch** konnte eine Entlastung



Landesvorsitzender Alexander Schmid bei seinem Vortrag vor dem Plenum.

Nachruf

Am 17.02.2018 verstarb
unser Mitglied

Wilhelm Tramitzke

im Alter von 91 Jahren.

Herr Wilhelm Tramitzke trat am 1. Februar 1962 seinen Dienst beim damaligen Gerichtsgefängnis in Villingen an.
Am **1. Mai 1963** wurde er Mitglied in unserer Gewerkschaft.

Eine 55-jährige Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist ebenfalls einer besonderen Anerkennung wert.
Er hat überwiegend in Villingen und bis zur Auflösung des Donaueschinger Gerichtsgefängnisses auch dort seinen Dienst versehen.

Im Juni 1969 wurde Wilhelm Tramitzke zum Sekretär, im Mai 1972 zum Obersekretär und im September 1980 zum Hauptsekretär befördert.

Seit 1983 bis zu seiner Pensionierung war Wilhelm Tramitzke stellvertretender Dienstleiter in Villingen.
Hilfsbereitschaft, Menschlichkeit und ein humorvolles Wesen haben Wilhelm Tramitzke Anerkennung bei Vorgesetzten und Kollegen verschafft.

Auch in der damaligen Zeit waren umfangreiche Sprachkenntnisse im Vollzug von Vorteil.
Wilhelm Tramitzke konnte sich mit Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch und verschiedenen osteuropäischen Sprachen diesen Aufgaben problemlos stellen.

Ebenfalls sei erwähnt, dass im Mai 2016 eine autobiographische Erzählung in Form eines Buches mit den Titel „Plagiator“ veröffentlicht wurde.

In seiner Geschichte erzählt Wilhelm Tramitzke sein Leben und sein Schicksal, welches er überwiegend in Uniform verbrachte.

Zu seinen trauernden Angehörigen zählt unter anderen auch sein Schwiegersohn, unser allseits geschätzter Kassier Al. i.R. Günter Bosch.

Unsere Gedanken sind bei Ihnen

Der BSBD Ortsverband Rottweil

für seinen Aufgabenbereich beschlossen werden.

Für die Fachgruppe der weiblichen Bediensteten hat der OV Rottweil eine neue Fachgruppenvertreterin gewinnen können. Kollegin **Manja Sommer** hat sich für dieses Amt zur Wahl gestellt und wurde anschließend einstimmig von den Mitgliedern gewählt.

Für das Jahr 2017 konnten die Mitglieder **Markus Neugart** für seine 40-jährige Mitgliedschaft und die Kolle-

gin **Gabriele Weigl** für ihre 25-jährige Mitgliedschaft geehrt werden.

Für das Jahr 2018 wurden die Mitglieder **Reinhold Liebermann, Frank Ruth, Markus Lehmann** und die Kollegin **Inge Loos** für ihre 25-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Anträge wurden nicht gestellt.

Die nächste Jahreshauptversammlung findet am 24. April 2019 wieder in den Löwen-Stuben in Schömberg-Schörzingen statt.

Klaus Schiff



Von links: Klaus Schiff, Frank Ruth, Gabriele Weigl und Alexander Schmid. Fotos (2): BSBD-OV RW



Nachruf

Am 6. März 2018 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit unser Mitglied,
Hauptsekretär i. JVD

Jörg Neining

im Alter von 42 Jahren.

Kollege Jörg Neining gehörte seit 2005 dem BSBD Baden-Württemberg an.

Wir trauern mit seiner Familie

**Der
BSBD Ortsverband
Rottweil**